IPG

KOLUMNE 08.12.2014 | Sebastian Schoepp

Das Vermächtnis von Pepe aus Uruguay

Kommt die lateinamerikanische Linke in die Jahre?

Pepe vor seiner Gartenlaube, in der er wohnt, statt im Präsidentenpalast. Pepe in seinem alten VW Käfer, für den ein Scheich ihm Millionen geboten hat, die er natürlich ablehnte, weil ihm Geld nicht viel bedeutet. Pepe, wie er sich in der Holzklasse im Flugzeug zwischen die anderen Fluggäste zwängt anstatt in der Business-Class Platz zu nehmen wie andere Spitzenpolitiker. Pepe, wie er ein Fernsehinterview unterbricht, um einem Bettler auf der Straße Geld zu geben. Das sind Bilder, die in Erinnerung bleiben.

Kein Zweifel, kaum jemals hat sich ein Staatschef international so viel Respekt durch seine Bescheidenheit erworben wie Uruguays scheidender Präsident José Mujica, genannt Pepe. Im Februar 2015 wird er die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger – und Vorgänger – Tabaré Vazquez übergeben und ein Land, das sich in bemerkenswerter Weise stabilisiert hat: Die Armut geht zurück, der Mittelstand wächst, die Ernährung ist gesichert, das Bildungsniveau steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, mehr und mehr Energie wird aus erneuerbaren Quellen erzeugt, 2015 sollen alle Haushalte an Glasfasernetze angeschlossen sein. Und sogar international hat Uruguay Akzente gesetzt, etwa durch die Legalisierung von Marihuana und durch die großzügige Aufnahme syrischer Flüchtlinge – womit das Land an seine Einwanderungsgeschichte anschließt. Gar nicht mehr so fern scheinen da die besten Zeiten des kleinen Landes am Rio de la Plata vor mehr als einem halben Jahrhundert, als Uruguay als die Schweiz Lateinamerikas galt und mit dem weltweiten Verkauf von Corned Beef und Stiefelleder zu nie wieder erlangtem Wohlstand gelangte.

Historische

Wiedergutmachung

Uruguay ist ein eher melancholisches, flaches Land, das aus seiner Bedeutungslosigkeit eine Art Kult gemacht hat. Gerne erzählen Uruguayer Witze darüber, dass sie zahlenmäßig so wenig (drei Millionen Einwohner) und so bedeutungslos sind; die Pointen sind meistens nur für Uruguayer verständlich, man muss in dem Bewusstsein der Kleinheit aufgewachsen sein, um sie lustig zu finden. Uruguays Hauptstadt ist das bescheidene Gegenmodell zum verschwenderischen und schillernden Buenos Aires auf der anderen Seite des Rio de la Plata.

Doch Mujicas Aufstieg und Wahl zum Präsidenten 2009 ist mehr als nur eine Anekdote. Es ist eine Art historische Wiedergutmachung, die überall in Lateinamerika versucht, aber nirgends so konsequent durchgezogen wurde wie in Uruguay. José Mujica ist einer von jenen Präsidenten, die ein Richard Nixon niemals hätte an die Macht kommen lassen. Er gehört zu jenen Leuten, von denen die Amerikaner in den 1970er und 1980er Jahren sichergehen wollten, dass sie im Kerker von Gewaltregimen schmachteten, damit nur ja kein zweites Kuba in Lateinamerika erstünde. José Mujica war in jüngeren Jahren einer der Anführer der Stadtguerilla Tupamaros, die schon vor dem Militär-Putsch von 1973 gewaltsam für eine soziale Revolution in Uruguay kämpften. In Argentinien gab es eine ähnliche Gruppierung, die Montoneros. 14 Jahre verbrachte Mujica im Gefängnis, überwiegend in Einzelhaft. Bei Interviews erzählt er bereitwillig, wie er bald wahnsinnig wurde, in seiner Zelle mit den Ameisen sprach. Er und viele seiner Mitstreiter sind gleichzeitig ein schier unwahrscheinliches Beispiel dafür, wie Opfer von Misshandlungen ins Leben zurückfinden können. So wie der Tupamaro und Neurobiologe Henry Engler, der mit einer Psychose aus der Kerkerhaft kam und später Weltruhm durch seine Alzheimer-Forschung erlangte. Die Geschichte der führenden Tupamaros und José Mujicas hat die brasilianische Journalistin Carol Pires in einer Reportage nacherzählt, die dieses Jahr in dem verdienstvollen Sammelband „Atención“ erschienen ist, den der österreichische Journalist und Lateinamerika-Kenner Erhard Stackl herausgegeben hat. Er vereint ein Dutzend brillanter literarischer Reportagen aus Lateinamerika und macht diese spannende Gattung einem deutschsprachigen Publikum zugänglich.

José Mujica ist einer von jenen Präsidenten, die ein Richard Nixon niemals hätte an die Macht kommen lassen.

Mujica ist Teil einer Riege von Politikern, die die vergangene Dekade in Lateinamerika geprägt haben. Sein Vorbild war der Brasilianer Luiz Inácio Lula da Silva, mit Néstor Kirchner und seiner Frau und Nachfolgerin Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien verband ihn eine raue Freundschaft. Mujica gehört wie

Präsidentin Michelle Bachelet in Chile oder Dilma Rousseff in Brasilien einer Generation an, die den Folterkellern und der Verfolgung der 1970er und 1980er Jahre entkam. Ihre politische Renaissance, ihre auf Versöhnung ausgerichteten und in Rechtsstaatlichkeit wurzelnden Präsidentschaften wirkten und wirken angesichts der blutigen Vergangenheit Lateinamerikas auf viele wie ein Akt von Weltgerechtigkeit.

Sie alle übten sich in linker Politik verschiedener Ausprägung, ohne jedoch die klassenkämpferischen Maximalforderungen vergangener Zeiten wieder hervorzuholen. Vielmehr haben sie sich auf den mühseligen Weg begeben, als gewählte Volksvertreter zweihundert Jahre schiefgelaufene Entwicklung mit marktwirtschaftlich orientierten, aber staatlich gesteuerten Modellen in eine sozialverträglichere Richtung zu lenken. Sie haben versucht, Markt mit sozialdemokratischer Umverteilung zu kombinieren und dadurch in vielen Fällen Tausende Menschen aus der Armut geholt. „Wir sind nicht gegen die Reichen“, rief José Mujica im Wahlkampf 2009, „die Kräfte des Kapitals haben bei uns alle Sicherheiten, aber es muss geteilt werden.“

Aufarbeitung der Diktaturen

Diese Politik fand und findet in Lateinamerika nach wie vor eine Mehrheit, wie die Wahlsiege von Tabaré Vazquez in Uruguay, Dilma Rousseff in Brasilien, Evo Morales in Bolivien und Michelle Bachelet in Chile im Superwahljahr 2014 gezeigt haben – trotz zurückgehender Wachstumszahlen und vermehrter Kritik ihrer Gegner, ihre Politik bestehe letztlich aus Wahlgeschenken, mit denen die Stimmen der Armen gekauft und diese zur Untätigkeit erzogen würden.

Weniger strittig sind ihre Bemühungen, die Diktaturverbrechen der Vergangenheit aufzuarbeiten. In den Amtszeiten von Präsidenten wie Néstor Kirchner in Argentinien wurde die Justiz erstmals ernsthaft und nachhaltig von der Politik in ihrem Bemühen unterstützt, Gerechtigkeit zu schaffen und die Folterer und Diktatoren abzuurteilen. Der Uruguayer José Mujica hat dabei stets betont, dass es ihm nicht um Rache gehe, im Gegenteil, in seiner Amtszeit unternahm er Versöhnungsgesten, die allerdings nicht bei allen Opfern auf Beifall stießen. Sein ehemaliger Mitstreiter Henry Engler schrieb der

Journalistin Carol Pires jedoch zur Erklärung für seine und Mujicas Haltung: „Ich glaube, dass man mit Hassgefühlen überleben kann, aber man wird nicht glücklich dabei."

„Ich glaube, dass man mit Hassgefühlen überleben kann, aber man wird nicht glücklich dabei."

So wird die Vergangenheitsbewältigung als Erbe des lateinamerikanischen „Linksrucks" der Nullerjahre möglicherweise stärker in Erinnerung bleiben, als die Wirtschaftspolitik, von der noch nicht sicher ist, ob sie einen nachhaltigen Effekt erzielen kann. Nach wie vor lebt Lateinamerika hauptsächlich von Rohstoffen, der Preisverfall bei vielen Ressourcen hat die Volkswirtschaften jüngst erschüttert. Der Umbau zu Wissens- und Produktivgesellschaften lässt noch zu wünschen übrig. In Uruguay, Ecuador und Chile wird er betrieben, in Venezuela aber vollkommen vernachlässigt.

Die Erkenntnis, dass zweihundert Jahre schiefgelaufene Entwicklung nicht in ein oder zwei Amtszeiten wettgemacht werden können, hat bei einigen der erfolgreichen Präsidenten wie Evo Morales (Bolivien) oder Rafael Correa (Ecuador) die Versuchung überhand nehmen lassen, die Verfassungen ihrer Länder so hinzubiegen, dass sie praktisch unbegrenzt wählbar sind – in dem Wissen, dass sie derzeit keine ernstzunehmenden Rivalen haben.

Auch in diesem Zusammenhang benahm sich Presidente Pepe vorbildlich. Mujica nahm nach einer Amtszeit Abschied, freilich ist er schon 79. Doch auch sein Nachfolger Tabaré Vazquez ist ein Mittsiebziger, was die Vermutung nahelegt, dass das Linksprojekt in Uruguay in die Jahre kommt – und nicht nur dort. Die Bemühungen um Nachfolge werden meist vernachlässigt, ein typisches Kennzeichen des Caudillismo, gegen den die Linke keineswegs immun ist.

Ob künftige Nachfolger Mujicas etwa die Legalisierung von Marihuana aufrechterhalten werden, ist noch die Frage. Diese hat im Übrigen mehr als anekdotische Bedeutung. Mujica wollte damit ein Zeichen setzen gegen den internationalen Drogenhandel. Angesichts der ausufernden Drogenkriminalität in ganz Lateinamerika mehren sich die Stimmen, die eine Legalisierung fordern, um den Kartellen die Einnahmen zu entziehen. Allerdings hatte die Maßnahme selbst im kleinen Uruguay laut Umfragen keine Mehrheit in der Bevölkerung.

Und Mujica? Er kehrt Anfang nächsten Jahres zurück in seine

Gartenlaube, wird weiter Tomaten und Kürbisse pflanzen und sich in dem Bewusstsein sonnen, etwas erreicht zu haben, was nur wenige Uruguayer für möglich gehalten hätten: Dass ausgerechnet ihr kleines Land am Rande der Welt 2013 von dem britischen Wirtschaftsmagazin "Economist" zum Land des Jahres gekürt wurde.



Sebastian Schoepp

Sebastian Schoepp ist außenpolitischer Redakteur der Süddeutschen Zeitung und dort für Lateinamerika und Südeuropa zuständig. Er hat beim Argentinischen Tageblatt in Buenos Aires volontiert und für mehrere spanischsprachige Publikationen gearbeitet. Er ist Dozent für Journalistik an der Universität Barcelona. 2011 erschien im Westend-Verlag sein Buch „Das Ende der Einsamkeit – Was die Welt von Lateinamerika lernen kann". Im Herbst folgt im selben Verlag „Mehr Süden wagen – wie wir Europäer wieder zueinander finden".

3 LESERBRIEFE

Berlinerin schrieb am 08.12.2014

Wenn es in Südamerika einen Mandela gibt - dann ist er es!

FC Bayernkritiker schrieb am 16.12.2014

Der Präsident von Uruquay ist ein absolutes Vorbild für

vieles, solche Politiker brauchen wir viel mehr!!!!
Und genau wie Mandela spricht er von Versöhnung und nicht von Rache. Aber trotzdem ist ihm klar- und er sagt es auch, dass der "grenzen- und schrankenlose Kapitalismus" die Quelle von so viel Üblem in der Welt ist. Wie sagte schon der Schriftsteller Büchner vor über 100 Jahren. " Friede den Hütten, Krieg- oder Kampf den Palästen". Heute ist dies so zu verstehen, dass die Reichen mehr Steuern zahlen müssen und damit die Gemeinwesen =Gesellschaften = Staaten (?) mehr Einnahmen haben und die enormen Diskrepanzen gelindert werden können.
Übrigens - in Palästen gibt es viele Zimmer die nicht adequat bewohnt werden. Dort können noch viele Menschen eine Unterkunft finden. Venceremos

---

deLikedeeler schrieb am 23.12.2014

Ich gebe >> FC Bayernkritiker vollkommen Recht. Insbesondere das wir mehr von solchen Politikern brauchen (haben sollten !
